

Antrag

der Abgeordneten Bernd Siebert, Ulrich Adam, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Michael Brand, Monika Brüning, Markus Grübel, Jürgen Herrmann, Robert Hochbaum, Hartmut Koschyk, Dr. Karl Lamers (Heidelberg), Henning Otte, Hans Raidel, Kurt J. Rossmanith, Dr. Norbert Röttgen, Anita Schäfer (Saalstadt), Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU,

der Abgeordneten Rainer Arnold, Dr. Hans-Peter Bartels, Petra Heß, Petra Hinz (Essen), Gerd Höfer, Walter Kolbow, Rolf Kramer, Ute Kumpf, Ulrike Merten, Ursula Mogg, Thomas Oppermann, Maik Reichel, Jörn Thießen, Hedi Wegener, Andreas Weigel, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD,

der Abgeordneten Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Rainer Stinner, Jörg van Essen, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

sowie der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Renate Künast, Fritz Kuhn, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreuung bei posttraumatischen Belastungsstörungen stärken und weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Fürsorge für Soldaten und zivile Mitarbeiter der Bundeswehr steht im Mittelpunkt vielfacher Aktivitäten des Deutschen Bundestages, des Bundesministers der Verteidigung und seiner nachgeordneten Dienststellen. Sowohl beim Dienst im Inland wie auch in den Auslandseinsätzen geht es bei der Erfüllung der verschiedensten Aufgaben vor allem darum, Leib und Leben der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten, wie auch der zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen.

Zu diesem Schutz gehört neben der körperlichen auch seelische Unversehrtheit. Entsprechend den neuen Aufgabenstellungen für die Bundeswehr ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Auslandseinsätze stetig angestiegen. Immer mehr Soldatinnen und Soldaten sowie auch Zivilbeschäftigte verrichten ihren Dienst fernab von Familien und Freunden.

Gerade die Auslandseinsätze stellen neue Herausforderungen für die Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilbeschäftigten dar und bringen besondere körperliche und seelische Belastungen mit sich. Darüber ist sich die Führung der Bundeswehr im Klaren. Auf diese besonderen Bedingungen hin sind die militä-

rischen Führer ausgebildet und sensibilisiert worden. Immer wieder kommt es im Inland sowie in den Auslandseinsätzen zu traumatisierenden Situationen. Die darauf folgende an sich gesunde Stressreaktion auf eine als extreme Belastung erfahrene Situation kann im weiteren Verlauf zur Entwicklung einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) führen. Die mittel- und langfristigen Folgen einer solchen PTBS sind u. a. oftmals Depressionen, Gereiztheit, Verslossenheit oder auch Suchtprobleme. Je nach Ausmaß der Beschwerden kann dies auch bis zur Dienstunfähigkeit führen.

Die Zahl der Betroffenen hat in den vergangenen Jahren in der Bundeswehr zugenommen. In den Jahren 2006 und 2007 hat sich die Zahl der PTBS-Patienten gegenüber den Vorjahren erhöht. An PTBS erkrankte Angehörige der Bundeswehr werden im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg behandelt, darüber hinaus gibt es Behandlungskapazitäten im Bundeswehrzentralkrankenhaus Koblenz sowie in den Bundeswehrkrankenhäusern Berlin und Ulm. Darüber hinaus bestehen zahlreichen Kooperationen mit zivilen Ärzten und Einrichtungen, die auf die Behandlung von PTBS spezialisiert sind. Mit diesem Mix an internen und externen Behandlungsmöglichkeiten hat die Bundeswehr bei den bisherigen Einsätzen gute Erfahrungen gemacht. Dennoch besteht angesichts steigender Fallzahlen und absehbarer zukünftiger Einsatzszenarien Handlungsbedarf.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine zentrale Ansprechstelle innerhalb der Gesundheitsdienste der Bundeswehr zu Hilfsangeboten und Behandlungsmöglichkeiten für Betroffene und deren Angehörige zu schaffen;
2. psychosoziale Beratungsangebote innerhalb der Bundeswehr einzurichten, die von PTBS-Betroffenen und ihren Angehörigen auch anonym und telefonisch in Anspruch genommen werden können;
3. die vorhandenen und gegebenenfalls neuen Einrichtungen der Bundeswehr zu einem Kompetenz- und Forschungszentrum zur Behandlung von PTBS in der Bundeswehr zusammenzufassen;
4. die Zusammenarbeit und den Wissenstransfer von Bundeswehrkrankenhäusern und zivilen Spezialkliniken und alliierten Sanitätsdiensten zu intensivieren;
5. den militärärztlichen Befragungs- und Beratungsbogen der Rückkehrer-Begutachtung um ein Kapitel „psychische Belastungen“ zu erweitern;
6. in die Curricula der Lehrgänge für militärisches Führungspersonal das Thema „Psycho-Traumata“ aufzunehmen;
7. die im Einsatz gewesenen Soldatinnen und Soldaten, auch nach Entlassung aus der Bundeswehr, bei Auftreten von Symptomen einer PTBS zu unterstützen;
8. eine Studie in Auftrag zu geben, mit der Erkenntnisse zur Dunkelziffer der von PTBS betroffenen Soldaten, die sich nicht zur medizinischen Betreuung melden, gewonnen werden können;
9. zu prüfen, ob angesichts vergangener und zukünftiger Einsätze der Bundeswehr – auch unter Berücksichtigung steigender Fallzahlen – Versorgungsdefizite für Betroffene von PTBS und ihre Angehörigen bestehen und dem Deutschen Bundestag zeitnah ein dementsprechendes Maßnahmenkonzept für die Betreuung und Behandlung der Betroffenen vorzulegen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion
Dr. Guido Westerwelle und Fraktion
Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion